

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis mit monatlich frei. Post.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zögnerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersichtl. jeder Anspruch auf Verlieferung bezw. Nachzahlung des Bezugspreises.
Fernsprechkennschlüssel Nr. 224.

Ämtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer als Werbende 7 Goldpfennig, für Anzeigen am amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einschli. Umhüllsteuer. Schwärzungen und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erledigt.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezahle.

Nr. 26.

Dienstag, den 1. März 1932.

85. Jahrg.

Der Wahlkampf beginnt!

Anordnungen des Reichsinnenministers für Länder und Gemeinden.

Reichsinnenminister Dr. Goerner hat zur Durchführung der Wahl zum Reichspräsidenten ein Rundschreiben an die Landesregierungen gerichtet, in dem die für die Wahl in Frage kommenden Gesetzesbestimmungen auch einmal zusammengefaßt sind. Ferner hat Dr. Goerner Anordnungen über die Stimmzettel getroffen. Das schon bei der Präsidentschaftswahl 1925 angewandte einheitliche Stimmzettelsystem, das sich nach Ansicht der amtlichen Stellen durchaus bewährt hat, wird auch diesmal wieder benutzt.

Die Stimmzettel

müssen alle zugelassenen Wahlvorschriften mit Vor- und Zunamen, Stand oder Beruf und Wohnort des Anwärters enthalten. Daran schließt sich ein freies Feld, in das der Stimmberechtigte einen anderen Anwärter eintragen kann, wenn er keinen der vorgeschlagenen Kandidaten seine Stimme geben will.

Der Innenminister hat ferner besondere Anordnungen getroffen, durch die er eine möglichst gleichmäßige

Berücksichtigung mittlere und kleinerer Kreisstädte herbeiführen will. Da in verschiedenen Ländern u. a. Bremen, Bayern, Westfalen etc. in den nächsten Wochen auch Landtagswahlen stattfinden, sollen die Druckereien um möglichst verlässliche Arbeiten zu arbeiten.

Bei ländlichen Gemeinden soll die Zahl der Stimmzettel annähernd der Zahl der Wahlberechtigten entsprechen, mit einem Zuschlag von etwa 5 Prozent. In größeren Städten und Gemeinden mit lebhaftem Fremdenverkehr soll ein entsprechend höherer Zuschlag für Stimmzettel eingeplant vorsehen werden. Bei der

Wiedereroberung von Stimmflächen und Stimmräumern, die zuletzt bei einem Volkserhebung benannt wurden, soll dafür gesorgt werden, daß auch ihnen die Beteiligung am Volkserhebung nicht mehr erkannt ist.

Besondere Vorschriften betreffen etwaige Verträge gegen die Wahlbestimmungen, weil bei den letzten Reichstagswahlen zahlreiche Einprüche erhoben worden sind.

Veiläufige politische Propaganda im Abstimmungsraum ist unzulässig, also auch Plakate oder Ausrufe politischer Inhalts.

Die Verfälschung der Wahlzettel durch verschiedene im Stimmbezirk vertretenen Parteien ist verboten. Die Zulassung von Vertrauenspersonen darf nicht zu Mißbräuchen führen. Das gleichzeitige Betreten des Abstimmungsraumes durch mehrere Stimmberechtigte ist auf alle Fälle unzulässig, auch nicht, wenn es sich um nahe Verwandte handelt.

Die Wahlzettel müssen spätestens 11 Uhr vormittags abgegeben werden, das ist mindestens sechs Stunden vor dem Ende der Wahlzettelabgabe.

Zweiterbergricht im Sinn.

In Köln fand eine große Kundgebung des Kampfbundes Schwarz-Weiß-Rot zu den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen statt, in der der Kandidat des Bundes, Oberstleutnant a. D. Duesterberg, sprach.

Duesterberg gab einen Überblick über den Lebensweg, den Deutschland in den letzten 13 Jahren haben gehen müssen. Scharf kritisierte er, daß nicht wenigstens die geistige Macht des nationalen Gedankens in diesen Jahren geklärt worden sei. Der Jung-Plan sei die bittere Enttäuschung gewesen. Die Erneuerung der deutschen Wirtschaft auf organischer berufständischer Grundlage sei der Weg zur Gesundung zu sein. „Jurist auf Leib!“ ist die Parole der kommenden Zeit. Nicht „nationale Innenwirtschaft“ oder „Weltwirtschaft“, sondern „nationale Binnenwirtschaft“ und „Weltwirtschaft“. Wer den deutschen Arbeiter heute Arbeit und Brot gibt ist sozial, ohne Deutschlands Befreiung aber gibt es keine Arbeiterbefreiung. In den durch Verfall des geschaffenen Lebensmittels müssen Unternehmer und Arbeiter gemeinsam zusammenstehen. Privatbesitz fördert den Fortschritt, Volkserhebung fördert die Unterentwicklung. Den Ausgleich muß der Staat schaffen. Nur das Volk, so lobt er, verlor das, das sich selbst verlor gibt. Deutschland kann nur gerettet werden, wenn es sich selbst rettet.

Die NSDAP. im Berliner Sportplatz.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei eröffnete ihren Wahlkampf für die Reichspräsidentenwahl

in Berlin mit zwei Massenversammlungen. Es sprach zunächst Gauleiter Dr. Goebbels, nachher der Präsidentschaftskandidat Hitler. Er führte u. a. aus: Wenn die Gegner erklären, daß ich jetzt vielleicht Gefahr liege, zum ersten Male vielleicht wirklich besetzt zu werden, so sage ich: Wer mutig und entschlossen kämpft, wer gewillt und bereit ist, sich einzusetzen, kann überhaupt nicht besetzt werden! Sie alle wissen, daß es sich diesmal um wesentlich mehr handelt als um einen Präsidentschaftskandidaten, daß dieses mal gerungen wird um den Begriff des 9. November 1918 und seiner Folgeredungen, und daß dieser Kampf gar nicht anders ausgehen kann als mit der Vertreibung dieses 9. November. Heute, meine Volksgenossen, fordere ich Sie auf, daß Sie nun die Aktion werden! Hitler schloß: Wer da glaubt, uns durch Drohungen mitre zu machen, der täuscht sich! Sie können ruhig mit der Handbewegung drohen — wir werden sehen, ob am Ende dieses Kampfes die Pfeife sich noch in ihrem Säckchen befindet. (Stürmischer Beifall.) Wir haben einst dem Generalfeldmarschall des Weltkrieges geborahmt als dem obersten Kriegsherrn gedient und haben ihn verehrt. Wir wollen, daß sein Name dem deutschen Volk als der Name des Führers des großen Ringens erhalten bleibt. Weil wir das aber wollen und wünschen, haben wir heute die Pflicht, dem alten Generalfeldmarschall zuzurufen: Alter Mann, du bist uns zu erinnerungswürdig, als daß wir es dulden könnten, daß sich hinter dich diejenigen stellen, die wir vernichten wollten. So leben wir daher nun, du mußt zur Seite treten, denn die anderen wollen den Kampf, und wir wollen ihn auch.*

Ein Brief Hitlers an den Reichspräsidenten.

Der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, hat am Sonntag ein längeres Schreiben an den Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtet. Er erklärte darin, als Führer der großen Nationalsozialistischen Partei, gezwungen zu sein, die Aufmerksamkeit des Reichspräsidenten auf gewisse Vorkommnisse hinlenken zu müssen. Die Sozialdemokratische Partei, so sagt Hitler, versuche, das Ausland gegen die freie politische Meinungsäußerung der deutschen Nation unter Bezugnahme auf Ihren Namen mobil zu machen. Ich habe in meinen Äußerungen ausdrücklich gegenüber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß jede überhörende deutsche Regierung von wahrhaften und aufrichtiger Friedensliebe befechtet gewesen ist. Versuche, eine unheimliche deutsche Bewegung vor dem Auslande als Unruhefaktor hinzuzuführen, werde ich, wenn sie unter Heranziehung Ihres Namens, Herr Reichspräsident, erfolgen und nicht zurückgewiesen werden, von jetzt ab persönlich in der geeigneten Weise zurückzuweisen wissen.

Hitler wendet sich dann gegen die Ansprache des preussischen Innenministers Duesterberg an die preussischen Ober- und Regierungspräsidenten und höheren Beamten hin, in der Duesterberg, laut Presenachrichten, die Nationalsozialistische Partei als staatsfeindlich hingestellt hat. Er sehe in dem Vorgehen des preussischen Innenministers Duesterberg einen unzulässigen Druck auf die preussische Verwaltung, ihren Einfluß bei der Wahl in einem für die NSDAP. ungünstigen Sinne geltend zu machen. Er erinnert an den Wunsch des Reichspräsidenten, daß dieser Wahlkampf in ritterlicher Weise geführt werden soll. In diesem Zusammenhang lenkt er die Aufmerksamkeit des Reichspräsidenten darauf, daß trotz erfolgter Aufklärung Reichsinnenminister Goerner seinen schweren Vorwurf gegen Goebbels nicht zurückgenommen habe. Im Gegenteil sei die NSDAP. durch Abwehrrundungen gewonnen gewesen, die vom Innenministerium vorbereitete Wiederabgabe dieser Stelle in der nationalsozialistischen Presse zum Ausdruck zu bringen. Hitler fragt den Reichspräsidenten, ob es nicht besser sei, die nationalsozialistische Presse unter Vorwand von einem Namen verbieten zu lassen, der die Ehre des Gegenkandidaten Hindenburgs auf das denkbar schwerste angegriffen habe.

Adolf Hitler leitete seinen Brief an den Reichspräsidenten: „Herr Generalfeldmarschall, haben Sie es Ihres Namens für würdig, sich selbst als Präsidentschaftskandidat durch ein Geheiß von Vorverordnungen und Gesetzesparagrafen in Ihrer persönlichen Ehre schänden zu lassen, Ihren Gegenkandidaten aber als Feindbild der parteipolitischen Lüge und Verleumdung preiszugeben? Was gebietet Sie, Herr Reichspräsident, zu tun, um in diesem Kampf, der auch um Ihre Person geht, die Prinzipien der Ritterlichkeit wieder herzustellen?“

Sittler empfängt die ausländische Presse.

Der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Sittler, empfing Vertreter der ausländischen Presse und erläuterte ihnen den Brief, den er am Mittag an den Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtet hatte. Die Tatsache, daß er — entgegen seiner ursprünglichen Ansicht — sich in dieser Angelegenheit jetzt an die ausländische Presse wende, begründete er mit dem Hinweis auf die Lage seiner eigenen Presse unter der Handhabung der Rotverordnungen. Es handle sich nicht um ein Verbot, sondern um eine unpolitische Frage das Ausland mobil mache und erkläre, wenn der Gegenkandidat gewähl werden, so könne das zum Krieg führen. Durch solche Meinungen würde nur der Widerspruch für einen Krieg vorbereitet. Ein Sieg meiner Person und meiner Partei würde auf die Außenpolitik nicht ungünstig einwirken, sondern das Gegenteil bewirken, Sittler ließ dann zum Schluß den Brief an den Reichspräsidenten verlesen.

Ämtlich wird zu dem Brief Sittlers an Hindenburg mitgeteilt, daß der Reichspräsident das Schreiben nach Kenntnisnahme zur Verfügung der damit verbundenen Bescheidern des Reichsinministers des Innern zurückgeleitet hat.

Riesenwahlpropaganda der NSDAP.

Aus einer Mitteilung im Wöllischen Beobachter geht hervor, daß während des Wahlkampfes für die Reichspräsidentenwahl von der NSDAP, jeden Abend 3000 Versammlungen abgehalten werden sollen, insgesamt also rund 50.000. Acht Millionen Broschüren und zwölf Millionen Zeitungsfonderausgaben werden verteilt werden. Außerdem sollen eine Million Bildplakate angehängt werden.

Die Parteizugehörigkeit Dr. Meißners und des Obersten von Hindenburg.

Gegenüber in der Öffentlichkeit aufzunehmenden Nachrichten, daß der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, und sein Sohn und Adjutant, Oberst von Hindenburg, Sozialdemokraten seien, wird von nachgebender Stelle darauf hingewiesen, daß derartige Meldungen in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Staatssekretär Meißner ist aus der einflussreichsten Beamtenlaufbahn hervorgegangen, die unter dem Namen Meißner, der Regierungsrat in Straßburg. Er hat sich nie parteipolitisch betätigt und gehört auch seiner politischen Partei an. Als Hauptmann der Reserve hat er auch am Krieg teilgenommen. Oberst von Hindenburg ist nur Offizier und aus diesem Grund für ihn von vornherein keinerlei politische Betätigung in Frage, er hat auch nie einer politischen Partei angehört.

Beschlüsse der Deutschen Volkspartei.

Die Nationalliberale Korrespondenz gibt einen Bericht aus, in dem es heißt: Der Reichsauswärtiger der Deutschen Volkspartei trat zu einer fast vollständig besetzten Sitzung in Berlin zusammen. Der Bericht über die politische Lage aus der Parteiführer, Abgeordneter Dingeldey. Die nächste Aufgabe der deutschen Politik, die die besondere Förderung durch die Deutsche Volkspartei verlange, ist die Durchführung der Wiederwahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg. Die Deutsche Volkspartei ist für ein solches Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen und anderen billigeren Parteien. Sie wird aber nicht bereit sein, die weisse Fahne der Kapitulation aufzulegen. Der Grundton der Ansprache war, die Partei durch ihre Mitglieder für die kommenden Aufgaben zu härten und dabei keine persönlichen Rücksichten zu üben.

Das Bündnis Deutschnationale — Stahlhelm.

Auf einer deutschnationalen Tagung in Halle, die zugleich als Wahlversammlung für die Kandidatur Duesterbergs diente, sprachen die Reichsausschüsse des Stahlhelms, Schmidt-Hannover und Schiller-Straßen. Schmidt-Hannover erklärte u. a.: Die Bündnisgemeinschaft mit dem Stahlhelm ist nicht nur für die Reichspräsidentenwahl, sondern auch für die kommenden Parlamentswahlen notwendig. Die Führung der politischen Verhandlungen während des ganzen Abtritts der Reichspräsidentenwahl liegt in den Händen Dr. Sugenbergs, der von Nationalsozialisten neuerdings leider ausgegeben wurde, daß Darzberg zerbrochen sei, legen wir das verstärkte Verbotnis zu den Zielen und Wünschen des Darzberger Tagung entgegen. Die NSDAP. weiß, daß dies und gegen die im schwarzweißen Hof vereinigt Kräfte der Partei des gegenwärtig herrschenden Systems nicht durchführbar ist.

Duchterberg spricht im Rheinland.

Wie in Köln, so veranlaßte hier für die Präsidialschaffswahlgebilde „Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot“ auch in Veranlaßung in Gießen und öffentlichen Kundgebungen, denen in Gießen eine Führertragung des Landesverbandes „Kampfbund“ des Staatshaus vorausgegangen war. In den drei großen Kundgebungen sprach der Präsidialschaffswahlgebilde des Kampfbundes, Duchterberg. Das Wort des alten Kaisers, „Die Treue ist das Mark der Ehre“, so führte Duchterberg aus, hat sich auch bei Generalstabswahl von Sündenburg als Lebenswort bewährt. Treue ohne heilige Vaterlandsliebe ist unerkennbar. Daß aber jene Kräfte jetzt den Generalstabswahl zu Parteizwecken mißbrauchen und sich hinter seinem großen Namen verbergen können, die den November 1918 verursachten, ist das Schmerzliche und Unbegreifliche.

Ein deutscher Frauenauschuss für die Wahl Sündenburgs. Der Sündenburg-Ausschuss teilt mit, daß sich ein deutscher Frauenauschuss, Berlin SW. 11, gebildet hat, der mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit tritt, der für die Wahl Sündenburgs am 13. März zum Reichspräsidenten eintritt.

Weiter wird berichtet, daß die Organisation des Sündenburg-Ausschusses namentlich in allen deutschen Ländern und Provinzen Preußens aufgebaut ist. Die Landesauschüsse richten von sich aus entsprechende Aufrufe an die Bevölkerung.

Eine Erklärung des Stäuffahrbundes. Der Deutsche Reichsriegerbund „Stäuffahrbund“ teilt im Zusammenhang mit der am Tage der Präsidialschaffswahl Sündenburgs veröffentlichten Kundgebung des Ersten Präsidenten des Stäuffahrbundes, General der Artillerie a. D. von Horn, mit, daß diese Kundgebung neben der Mahnung, dem Ehrenpräsidenten Vertrauen und Treue zu bewahren, ausdrücklich erklärt, daß jedes einzelne Mitglied sich selbst bei der Reichspräsidentenwahl zu entscheiden hat. Aus dem Freigebnis die Schlussfolgerung für politische Gefolgschaft zu ziehen, ist dem einzelnen überlassen. Jeder einzelne hat nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Auslegung der Wahllisten vom 3. bis 6. März. Amlich ist angeordnet worden, daß die Listen und Karten zur Reichspräsidentenwahl vom Donnerstag, dem 3. bis Sonntag, dem 6. März, bei den Gemeindeführern ausliegen werden. Wichtig jedes einzelnen ist es, selbst oder durch eine Vertrauensperson nachsehen zu lassen, ob sein Name in der Liste verzeichnet ist. Fehlt sein Name, so muß er dies sofort der Gemeindebehörde mitteilen.

Herunter mit den Wertlarsen!

Die Preisentwertungssatzung von Dr. Goerdeler ist bei den öffentlichen Vertrieben vielfach nicht so durchgeführt worden, wie man es erhofft und gewünscht hätte. Das liegt zum Teil mit daran, daß man in vielen Gemeindeführern und in der Hand in den Mund legt und glaubt deswegen nicht in der Lage zu sein, auch nur für eine kurze Zeit einen Einmahnerausgang zu ertragen, der durch eine Ermäßigung der Tarife und Abgaben zunächst verursacht, zweifellos dann aber durch eine Steigerung der Produktion und des Umlages wettgemacht werden würde. Die „Verkaufsgeschäfte“ der öffentlichen Hand sind eben zu teuer zu stellen, als man es wünschen würde, und durch ihren Monopolcharakter geschützt werden und damit ihre wirtschaftliche Hauptaufgabe, also die „Verorgung“ des Massenbedarfs, erfüllt in zweier Linie erfüllen.

Das Kernnis, das sie für eine Weiterführung der Preisentwertungssatzung bedeuten, läßt die Frage darüber unklar werden, daß die öffentlichen Vertriebe überhaupt der natürlichen Preisgestaltung hinderlich im Wege stehen, besonders dort, wo sie außerdem noch Monopolrechte besitzen. Preisentwertungsmaßnahmen sind in verschiedenen Länderverordnungen und in einer Reihe von Kommunen unter dem Druck der Finanznotlage durchgeschossen, die bestehenden Vertriebe der öffentlichen Hand einmal unter die Lupe der wirklichen Rentabilität zu nehmen und sie abzubauen, wenn diese Rentabilität entweder gar nicht vorhanden wäre oder nur durch eine kreditpolitische, steuerliche oder sonstige Abwertung erzielt würde. Um diese Vorteile nicht bloß „rentabel“, sondern als erziehbare Steuerquelle zu erhalten, ist die öffentliche Hand nur sehr spärlich an vielen Stellen überhaupt nicht den Preisentwertungen in der privaten Wirtschaft gefolgt und man versteht es daher eigentlich nicht recht, warum in letzter Zeit Wünsche laut wurden, die die Überführung lebenswichtiger Teile der deutschen Wirtschaft in die öffentliche Hand, also eine Fortsetzung der heute schon bedenklich weit getriebenen Sozialisierung bzw. Kommunalisierung verlangen.

Gerade die Entwicklung während der beiden offiziellen Preisentwertungssatzungen im Winter 1930/31 und in der jetzt hinter uns liegenden Zeit müßten den Verbraucher davon überzeugen, daß die Privatwirtschaft sich der Krise schnell und tollät anzupassen verstand, während die öffentliche Hand und ihre Vertriebe sehr weit hinter diesen Preisentwertungen zurückblieben. Ebenso ist der eigentliche Grund für die Schaffung bzw. das Entstehen und die Berechtigung dieser Vertriebe verlassen worden, die Massenversorgung „billig“ und ohne finanzielle Entlastungen zu bewerkstelligen. Gerade das Gegenteil ist der Fall und das spricht läßt leider gegen die Vorklässe, noch weitere Teile der Privatwirtschaft zu verstaatlichen oder zu verstaatlichen. Wesentlich ist es, daß die Preisentwertung im Verbraucher erzielbar nach oben hinauf zu einer Zeit, in der die Preise für Ernährung und Bekleidung im Durchschnitt 25 Prozent gesunken wurden, — gesunken werden mußten, weil hier der Wettbewerb, der natürliche Preisregulator von Angebot und Nachfrage, voll in Wirkung war.

Wenn der Staat heute so oft um Hilfe angegangen wird für private Vertriebe, die am Zusammenbrechen sind, so ist das durchaus kein Beweis für die angebliche „Überlegenheit“ verstaatlichter Vertriebe. Sondern es ist nur ein Beweis dafür, daß auf die Privatwirtschaft Tassen gelegt sind, die tiefer in der Krise, in einer Zeit ständigen Preisrückgangs, weniger denn je zu tragen vermag.

Preisfragen im Reichskabinett.

Die Reichsregierung beschäftigt sich weiter mit den Maßnahmen, die sie treffen will, um die verordnete Preisentwertung des alten Rumpkaffees für das Kaisergerichte fragbar zu machen. Abgaben von russischem Woggen durch die Betriebsabgabengesellschaft fallen als Bremse für ein Senkengehen der Roggenpreise wirken. Ferner macht dem Reichskabinett der immer weiter um sich greifende Werbonkaffee-Kaufherde, der beibehalten wird, trotzdem die Regierung den Abbau der Biersteuer vorgeschlagen hat. Auch die Wirtschaftsbewegung, die sich gegen die hohen Wertlarsen richtet, beschäftigt ständig das Reichskabinett.

Brot und Bier.

Ausnahmsgrad für Roggen bis 70 Prozent. Amlich wird mitgeteilt: Um den Preis für Roggenmehl zu senken und gleichzeitig die vorhandenen Brotgetreidemengen zu freiden, hat der Reichskommissar für Preisüberwachung

mit Wirkung vom 1. März verordnet, daß Roggenmehl nur noch in einem Ausnahmsgrad von 0 bis mindestens 70 Prozent hergestellt werden darf.

Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Preise für die Nebenprodukte stellt sich der Preis für ein derartiges Mehl je Doppelzentner um etwa 2 Mark niedriger als der Preis von 60prozentigem Roggenmehl, wie es jetzt vielfach zur Brotherstellung verwendet wird. Die Verordnung gilt für sämtliche Mästen, also einschließlich der Vohnmüllerei und Selbstversorgung.

Goerdeler verdrückt Preisüberhöhung in Berlin.

Der Preisminister für Preisüberwachung hat für Groß-Berlin folgendes angeordnet: Der Kleinverkaufspreis für Brot im Gewicht von mindestens 500 Gramm, zu dessen Herstellung mehr als 30 Prozent Maltzgeraunisse des Roggens verwendet werden, darf nicht über den Stand der letztvergangenen Woche erhöht werden. Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe geahndet.

Das Maltzgeraunisse Groß-Berlin, Wädemeister und Profabrikanten wenden sich in einer scharfen Erklärung gegen die Verordnung des Preisministers über das Verbot der Erhöhung der Brotpreise für Groß-Berlin, die als Eingriff in das freie Selbstbestimmungsrecht bezeichnet wird. Große Maltzprozesse in allen Teilen des Reiches seien für Mittwoch vorgelesen.

Bayern und die Biersteuer.

Die dem bayerischen Ministerpräsidenten nahelebende Presse schreibt: Die Pläne, die Reichsbiersteuer nur um zwei Mark und die Gemeindebiersteuer um 50 Prozent von Reichs wegen zu senken, seien für die bayerischen Verhältnisse nicht durchführbar. Eine solche Regelung müsse mit dem Widerspruch der bayerischen Staatsregierung rechnen.

Die Bierkrise geht weiter.

Der Zentralverband der Gast- und Schenkwirte von Groß-Hamburg hat beschlossen, sich für die Weiterführung des Bierstreits zu entscheiden. Die vereinigten Biervertrieblungen haben eine Fortsetzung des Streits bis auf weiteres angeordnet. Die Biervertrieblungen in Altona, Berlin, sowie in Kiel, Wüchen, Flensburg, Schleswig, Sülsum, Elmshorn und Pinneberg haben erklärt, den Streik solange durchzuführen, bis die Gesamtanforderungen von der Regierung reiflos erfüllt seien.

Noch keine Verhandlungen über Biersteuerentwertung.

Amlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat, wie bekannt, in der vorigen Woche mit dem Deutschen Gastwirteverband und den Brauereiverketteten über die Frage der Biersteuerentwertung verhandelt. Sie hatte die Absicht, abgesehen von dem erforderlichen Nachsehen mit den Ländern und Gemeinden, die Verhandlungen in diesen Tagen fortzusetzen und beschleunigt zum Abschluß zu bringen. Dieser Absicht liegen jedoch die zurzeit in Gang befindlichen Streitverhandlungen entgegen.

Die Reichsregierung hatte, wie in der Generalversammlung einer Brauerei mitgeteilt wurde, in Aussicht gestellt, das Hersteller Bier, das bisher steuerlich mit 22 Mark belastet war, um 7 Mark steuerlich zu entlasten. Brauereien und Gastwirte möchten jedoch die Spanne noch vergrößert und auch die Sonderbefreiungen des Bieres verringert sehen. In der Generalversammlung wurde erklärt, daß man Aussicht hätte, mit der Regierung zu einer Einigung zu gelangen.

Anhalt verhandelt mit den Gastwirten.

In Dessau fanden Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden des Anhaltischen Gastwirteverbandes und einem Ausschuss der Gastwirte einerseits und dem anhaltischen Staatsministerium und dem Nationalratsführer des Landtages andererseits statt. Man möchte durch Angehörigkeiten auf freiwilligem Gebiete den Bierstreik verbieten. Die Ansichten dazu sind allerdings getrennt. Der Brauereiverband betonte die Gleichheit der Interessen mit den Wirten. Die entscheidenden Verhandlungen finden am Donnerstag in Magdeburg mit den Vertretern des provinziell-sächsischen Gastwirteverbandes statt.

Von dem Bierstreik, der in Hamburg begonnen und in Berlin seine Fortsetzung gefunden hat, ist jetzt auch

ganz Sachsen erfasst.

Auch in Meiningen und in Weiskalen sowie in Schleswig-Holstein ist in vielen Orten der Bierkonflikt proklamiert worden und zahlreiche Städte in der Provinz Brandenburg haben sich ebenfalls der Bewegung angeschlossen. Auch Hannover und viele süddeutsche Städte bereiten den Bierstreik vor.

Da nach der Absage der Regierung zurzeit keine direkten Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Gastwirten stattfinden, hat der Deutsche Gastwirteverband jetzt Fühlung mit verschiedenen politischen Parteien genommen, die die Vermittlerrolle übernehmen wollten.

Eine Streitleitung für den Reichskaffee.

Der Vorstand des Reichskaffee des selbständigen Mittelstandes faßte in der Frage eines Reichskaffee folgende Entschlossenung:

Die Reichskaffeeleitung über den Eintritt in einen Reichskaffee ist Sache der örtlichen Organisationen. Das Reichskaffee des selbständigen Mittelstandes wird für alle in den Reichskaffee getretenen Drie eine Zentralstreitleitung bilden, die für die örtlichen Mitteln die Richtlinien aufstellen wird. Es sollen sofort Verhandlungen mit der Regierung aufgenommen werden, mit dem Ziele der Senkung der Preisobergrenzen der öffentlichen Tarife und aller öffentlichen Abgaben, an die sich bisher die Regierung und der Preisminister nicht heranwagen.

Meldepflicht für Brotpreisüberhöhung.

Neue Verordnung für den Einzelhandel.

Der Reichsangehöriger veröffentlichte am 28. Februar in Kraft getretene Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung über die Meldepflicht bei Preisüberhöhungen im Kleinhandel mit Brot. Danach sind Preisüberhöhungen nur nach schriftlicher Anmeldung bei der zuständigen Preisoberbehörde zulässig. Die Anmeldung hat durch die örtlichen Innungen oder örtlichen Händlerverbände zu erfolgen. Eine Preisüberhöhung darf frühestens drei Tage nach erfolgter Anmeldung (ohne Einreichung von Soms- und Feiertagen) erfolgen. Bei der Anmeldung ist der bisher gültige, ferner der in Aussicht genommene Preis und schließlich der Grund für die Preisüberhöhung anzugeben. Zuvorhandelte werden mit Geldstrafe bestraft.

Das Radio als Geseßesherold.

Gegen Rundfunksektantismus der Preisüberwachungen.

In einer Vorstandssitzung des Reichskaffee des selbständigen Mittelstandes wurde eine Entschlossenung angenommen, in der u. a. dagegen Einspruch erhoben wurde, daß Preisüberwachungen durch Rundfunksektantismus, wie dies bei der Preisüberhöhung geschehen ist, Geseßesstrafe erlangen sollen.

Diplomatisch-parlamentarisches Wochenprogramm.

Das diplomatisch-parlamentarische Programm der Woche zeigt reiche Umwälzung auf den verschiedenen heftigen und internationalen Gebieten. Auf der Abrüstungskonferenz sehen weitere Verhandlungen zwischen den in Genf befindlichen Staatsmännern bevor, die ihre dortige Anwesenheit dazu benutzen, sich auch über die weltbewegenden Fragen außerhalb der Abrüstung zu unterhalten. Der französische Ministerpräsident Laval ist in Genf, um die Verhandlungen zu leiten. Die japanische Regierung hat die Frage der Abrüstung in Genf als eine der wichtigsten Angelegenheiten der Welt bezeichnet. Die Verhandlungen werden von der japanischen Regierung als eine der wichtigsten Angelegenheiten der Welt bezeichnet. Die Verhandlungen werden von der japanischen Regierung als eine der wichtigsten Angelegenheiten der Welt bezeichnet.

Am Donnerstag wird ferner in Genf die außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes zur Verhandlung des japanisch-chinesischen Streites zusammenzutreten. Auch hierzu entwickeln in Genf die Delegierten eine eifrige Tätigkeit mit Unterredungen, Konferenzen, Schriftwechsel und Druckarbeiten, während in China weiter geteufelt und geschossen wird. Der Mandchurische Ausschuss des Völkerbundes ist nun endlich in Tokio einetroffen. Zunächst müssen sich diese Mitarbeiter entscheiden, von der japanischen Seite erboten, denn ehe sie an die Unterredung und Befestigung der militärischen Lage gehen, sind sie, wie gemeldet wird, beim Kaiser von Japan zum Rücktritt eingeladen. Ferner werden der Ministerpräsident, der Außenminister, der Kriegs- und Marineminister Kijewski zu Ehren der Mitglieder veranlassen. Man sieht, Japan weiß wohl, was es den Delegierten des hohen Völkerbundes tun muß.

Am Dienstag beginnt ein neuer Vollkommensabschnitt des Preussischen Landtages, der voraussichtlich bis Freitag, dem 4. März, dauern wird. In der Dienstagssitzung sieht neben zahlreichen Anträgen der Parteien der Geseßesentwurf über die Disziplin auf den staatlichen wissenschaftlichen Hochschulen zur Beratung. Damit verbunden wird ein Antrag wegen der Vorlage an der Berliner Universität vom 21. und 22. Januar, die bekanntlich ein Gerichtsverfahren gegen mehrere nationalsozialistische Studenten zur Folge hatten. Auch der Preussische Staatsrat tritt am Dienstag zu einer Vollkammerung zusammen. Etwa vom 4. bis 10. März wird der verstarbte Hauptauschuß des Staatsrates den Staatshausplan vorberaten. Die Staatsratsberatung des Staatsrates selbst wird voraussichtlich nur zwei Tage in Anspruch nehmen, und zwar sind hierfür der 11. und 12. März vorgelesen.

Vor dem Ende des Schulstreik-Prozesses.

Schluß der Weiskalenaufnahme.

Im Schulstreik-Ratzenhofer-Prozess wurde die Beweisnahme abgeschlossen. Die Generaldirektoren Ratzenhofer und Dr. Sobersheim bezifferten ihr letztes Jahresentkommen einflücht der Entlammern auf 280 000 Mark. Die Widowsers begannen am Mittwoch.

Konfirmanden-Kleidung: Kleiderstoffe Anzüge Mäntel Wäsche

Carl Quehl

Billigste Preise!

Nachdem wir unsere liebe Entschlafene **Olga Grunert** zur letzten Ruhestätte begleitet haben, möchten wir allen denen von Herzen danken, die ihr schon seit langen Jahren während ihrer Lebenszeit treu zur Seite standen, sowie den Freunden, die sie so oft durch ihren Besuch und mit Gaben der Liebe erfreuten. Unser besonderer Dank gilt den Damen des Vaterländischen Frauenvereins, welche in liebevoller und aufopfernder Weise Tadel spendeten für das liebevolle Wohl der Verstorbenen sorgten, sowie sich besonders Fräulein Stubenrauch immer wieder mit nie ermüdender Liebe einsetzte. Herrn Pfarrer Schröck lagern wir herzlichen Dank für die glaubensstarken Worte am Sarge unserer Lieben; die zahlreiche Teilnahme und Kranzspenden haben uns sehr wohl getan, wir danken allen, auch denen, die unserer Entschlafenen nur in Gedanken das Geleit geben konnten.

Zu Namen aller Hinterbliebenen
Emma Grunert.



Der Zeit entsprechend Konfirmations- u. Prüfungskleider elegant, modern und doch billig

Stoffe in Wolle und Seide, Samt, Popeline, Wollmusselin, Crep-Caid, Woll-Crep de chine, Veloutin-Seide, Crep-Marocain, Crep-Maroc, Bemberg-Seide, Wasch-Seide

Zur Anfertigung von Wäsche und Kleidern nach Mass ist eigenes Damen-Mass-Schneiderei-Atelier im Hause

Ernst Peschke, Annaburg, Ackerstr. 16

Das Haus der guten Qualitäten!

Diebe und Schmerzen

schleichen sich meist nachts ein. Wer plötzlich von Schmerzen überfallen wird, ist oft ratlos.

Hilfe bringt CARMOL

Daher muß man Carmol stets im Hause haben. Carmol lindert Schmerzen bei Rheumast, Rheuma, Gicht, Kreuz-, Kopf- und Zahnschmerzen.

Carmol tut wohl!

Apotheke zu Annaburg — Drogerie Schwarz

Achtung! Große Achtung!

öffentliche Versammlung

im Lokal „Neue Welt“ am Mittwoch, den 2. März, abends 8 Uhr.

Thema: Warum Zwälmann und nicht Hindenburg? Warum keine Disjunktion bei der „Eisernen Front“?

Hedner: **Karl Gutjahr-Halle.**

Frauen und Männer des merkwürdigen Volkes besucht reflexlos die Versammlung.

Freie Aussprache für Jedermann!

Der Erwerbslosen-Ausschluss.

Donnerstag früh

frische Seefische

in stromer Eispadung:

Kablau, Hfl. } zu den billigsten
Goldbarsch } Tagespreisen
Fischflet o. Gräten

J. G. Fritzsche.

Fahrraddecken	1.60	Aleidernecke	0.75
Schläuche	0.75	Hofenpangen	0.10
Felgen	1.25	Deflanten	0.15
Pedalen	1.25	Bronto	1.10
Lenker	2.50	Luftpumpenhalter	0.10
Ketten	1.—	Schallboxen	2.50
Schuhbleche	1.—	Fahrräder	50.—
Griffe	0.50	Warderrad	4.—
Lebersattel	3.50	Hinterrad	
Rahmen	18.—	mit Freilauf	13.—
Sattelstahnen	1.30	Wringmaschinen	16.—
Freilauf	8.50	Ridkläste	0.25
Gloden	0.30	Pumpenreiniger	0.10
Speichen	4 Stück 0.10		

Annaburger
Fahrrad-, Nähmaschinen- u. Motorradzentrale
Marta Stein.

Reiche Auswahl in

Dessert-Gebäck!

Russisch Brot	1/4 Pfd.	65 Pf.
Feinstes Buttergebäck (mit Schokoladenbezug)	1/4 "	50 "
Pomponia-Wirbegebäck	1/4 "	30 "
Fruchtwaflern	1/4 "	30 "
Schokoladen-Waflern	1/4 "	40 "
Lederlin-Waflern	1/4 "	28 "
Suppen-Wandelmatronen	1/4 "	95 "
Albert-Keks	Palet (15 Stück)	35 "
Molkereibutter-Keks	Palet	45 "

J. G. Fritzsche

Bürger-Schützen-Vereine. V.

Donnerstag, d. 3. März, abends 8 Uhr

Bersammlung

bei Kam. Hoppe. Zahlreiches Erscheinen wünscht Der Vorstand.

Verichtigung.

In der Werbezeit vom 27. 2.—15. 3. geben wir jedes 20. Paar **Sohlen gratis!**

Gebr. Vogel.

Alleinstehende Dame sucht eine

Zimmerwohnung

in Annaburg. Angebote an

Frau Mietzsch,
Eichsternburg, Torgauerstr.

Bestellungen auf

Britetts

nimmt ständig entgegen

Fa. Th. Schulte Nachf.



Die echte Spranger

Mundharmonika

von 20 Pf. an sowie Gitarrenzaiten Mandolinenzaiten Geigenzaiten

in vorzüglichen Qualitäten zu haben in der

Annaburger
Fahrrad-Zentrale
Marta Stein.

So billig- und doch- so gut!

Schnittmehl	1 Pfund 37 Pf.	Tafel-Margarine	1 Pfund 36 Pf.
Bohnen, weiß	1 Pfund 16 Pf.	Corosett in Tafeln	1 Pfund 36 Pf.
Tafel-Reis	1 Pfund 17 Pf.	Pflaumenmus, dick eingekocht	1 Pfund 38 Pf.
ff. Vollfetterheringe	10 Stk. nur 12 Pf.	Schnittbohnen	2 Pfd.-Dose 48 Pf.
Bierfruchtmarmelade	1 Pfund 38 Pf.	Erbsen	2 Pfd.-Dose 68 Pf.
Kunsthong	1 Pfund 40 Pf.	Gemischtes Gemüse	2 Pfd.-Dose 52 Pf.
Erdbeers-Marmelade	1 Pfund 58 Pf.	ff. Nieler Fettbündlinge	1 Pfd. nur 34 Pf.
Eilster Käse o. Rinde	1/4 Pfund 25 Pf.	Fleischsalat	1/4 Pfund 28 Pf.
Chamer, raffet	1/4 Pfund 25 Pf.	Rollmops 1. Remoul.	2 Stück 25 Pf.
Stangenkäse, groß	2 Stück 15 Pf.	Sensgurken	1/4 Pfund 15 Pf.

Außerdem noch 5 Prozent Rabatt!

J. Kählig's Nachfolg.
Inhab: Martha Müller, Mühlenstr. 40.

Rechnungsformulare

in allen Größen fertigt an

Herm. Steinbeiß, Buchdruckerel

Starkstrom-Artikel!

Elektr. Glühbirnen in allen Wattstärken, Starkstrom-Sicherungen, Alle Elektro-Ersatzteile, Elektr. Platten und Plattenschnur

Schwachstrom!

Elektr. Klingel-Anlagen
Elektr. Voltmesser
Varta Akku- u. Säureprüfer
Akku-Säure u. Dest. Wasser
Petrix-Anoden, 100 u. 120 Volt
Akku-Ladestation, 10% billiger
Gasglühstrümpfe (Auerlicht)

Auf alle Artikel 10% Preis-Ermäßigung!

Fritz Rödler,
Auto-Fahrschule. Fernruf 253.

Moderne

Briefpapiere

in Kassetten und Packungen in weiß und farbig neu eingetroffen

Hermann Steinbeiß,
Papier-Handlung.

Erwarte Mittwoch früh

Blutfeisde grüne Heringe, Kablau, Goldbarsch, Fischflet

in dieser Eispadung und zu allerbilligsten Tagespreisen!

J. Kählig's Nachf.
Inh.: Martha Müller, Mühlenstr. 40.

Zur Konfirmation!

Gesangbücher

von 2.80 M. an empfiehlt

Herm. Steinbeiß, Buchhandlg.

In Pantoffeln durch Europa

gelangen Sie mit den modernen und billigen

Radio-Netz und Batterie-Empfängern.

Kostenlose und unverbindliche Vorführung bei

Herm. Meyer sen.
Torgauer Straße 7

Altu-Vadestation.

Apfelsinen

Marcia-Apfelsinen	23 Stück	1.00 M.
Blut-Quat-Apfelsinen	3 "	20 Pf.
Taffa-Apfelsinen	3 "	25 "
Große Valencia-Apfelsinen	"	10 "
Extra große Apfelsinen	2 "	25 "

J. G. Fritzsche.

Durchschreibpapier

für Schreibmaschinen-Copien in Quartformat, beste Qualität, 500 Blatt 1,50 RM. empfiehlt

Herm. Steinbeiß, Papierhdlg.

Vimburger Schweizer Gmmentaler Käse

ff. Land-empfeht

J. G. Fritzsche.

Geburtstags-Einladungskarten für Kinder empfiehlt

Herm. Steinbeiß
Papierhandlung.

Das Ziel der Berufsschule

Der jugendliche Mensch wird beim Eintritt in das Berufsleben in die Arbeitsgemeinschaft der Berufsschule aufgenommen. Die alte Handwerkslehre befand vorwiegend in einem Dorf...

ist und im gemeinsamen Interesse seine Pflichten in der Berufsschule und an der Seite seiner Arbeit achten und erfüllen muß. Erkennt der Schüler, daß seine Arbeit nur ein Teil des Ganzen ist...

Mit dem Aufkommen der Gewerbebetriebe sind die ersten Berufsschulen als Fortbildungsschulen entstanden. Das in der Volksschule Gelernte sollte bestmöglich erweitert werden.

Das Lehrverfahren hat sich von dem für das Kindesalter berechneten in wesentlichen Punkten zu unterscheiden und ist so zu gestalten, wie es für junge Leute, die in das Berufsleben eingetreten sind...

Die heutige Berufsschule hat die Aufgabe, die berufliche Ausbildung der jungen Leute zwischen 14 und 18 Jahren zu fördern und an ihrer Erziehung zu tätigen Staatsbürgern und Menschen mitzumitteln.

Das Lehrverfahren hat sich von dem für das Kindesalter berechneten in wesentlichen Punkten zu unterscheiden und ist so zu gestalten, wie es für junge Leute, die in das Berufsleben eingetreten sind...

Eigenbleiben.

Von Versetzwerden und Eigenbleiben ist jetzt wieder viel die Rede — meistens jedoch vom Eigenbleiben. Eltern ist dabei, und mit ihm haben die Elternverdingungen und ihr Gage.

Ein Eigenbleibendes, ein in der Schule für ein Jahr zurückgefallen Kind braucht noch lange kein schlechtes, noch lange kein für das ganze Leben verborenes Kind zu sein, es auch in den meisten Fällen bestimmt nicht ist.

Das Eigenbleiben macht aber gewöhnlich nur den Eltern vor Kindern, die in Mittelschulen oder in höheren Schulen unterrichtet werden, Kummer, so daß diesen vor allem ins Gewissen geredet werden muß.

Naß und Fern.

Der Gefinder der Ansichtskarte gestorben. In Göttingen starb im Alter von 84 Jahren der Buch- und Kunsthändler Heinrich Lange.

16 Personen bei einem großen Brande schwer verletzt. In der Ortschaft Dackow bei West-Hornow sind einer Feuersbrunst 17 Wohnhäuser nebst Wirtschaftsgebäuden zum Opfer gefallen.

Ein Krebsforscher bei einem Vortrag vom Herzschlag getroffen. Der Redner des Krebsforschers Prof. Dr. Willi Meyer wurde während eines Vortrages in der Neuwerker Schützengesellschaft plötzlich vom Herzschlag getroffen.

Billige Überfahrten. Die Reichsbahn beabsichtigt, ähnlich wie beim letzten Weihnachtseisen, auch zu Ostern Rückfahrkarten auszugeben. Die Benutzung der Festtagsrückfahrkarten soll auf sämtliche Verkehrsverbindungen innerhalb des Reichsbahngebietes ausgedehnt werden.

Abenteurerblut ROMAN VON ANNY v. PANHUY

Lucie versprach, sich zu bemühen und Gaston versicherte, dachte ärgerlich, wie dumm, daß man sich nicht allein helfen konnte. Wenn er nur nicht so eben abgerannt wäre.

Unsere der weltberühmten Kathedrale Notre-Dame de Paris beginnt ein böses Gähnenemmel. Ein Glück! Paris, schön und stolz, scheint hier von der Vergangenheit zu träumen.

Unter düsterem, niedrigen Dach hat der Spielklub „Les Mousquetaires“ sein doppelgärtiges Fund gefunden. Wie zwei Monate wechelt der Klub sein Domizil, weil es ihm flug und rasch umfliegen. Paris ist groß, man findet immer wieder Unterhalt und die von seinen Mitgliedern mitgeschleppten Fremden, die vielleicht, weil sie zu sehr gerupft wurden.

Er traf heute schon ein paar seiner Bekannten, geheizte Erfindungen, Abenteuereraturen wie er. Sie hatten ein paar Fremde eingesperrt.

Gaston spielte mit wenig Glück. Er überlegte, ob er dem Glück ein wenig nachsehen sollte. Die Fremden schienen ihm ausgemachte Dummköpfe.

Allmählich hatte sich das große niedrige Zimmer ziemlich gefüllt. In einem kleinen Nebenzimmer schenkte die Frau eines notorischen Spielers, die schöne Madelon, Getränke aus.

Gaston beobachtete den kleinen Herrn mit dem dichten blonden Haar ein Weichen. Wie einfältig der Provinzdiener spielte, dennoch schien ihm der Zufall des Spiels in seiner Gewalt zu haben, seine Hände flitzten vor Erregung, wenn sie eine Karte fosten.

Der andere, der Große, der wie ein Wegger aussah, war dagegen das Blegma selbst. Aber Geld behag er auch. Wenn die beiden heute viel Geld hierließen, dann hätte sich der Klub heute hier zum letzten Male zusammengefunden.

Gaston de Bernon spürte plötzlich ein seltsames Unbehagen. Weiß der Himmel, er war heute gar nicht aufgelegt zum Spielen! Aber es mußte doch sein. Lächerlich, sich von Bedingungen bestimmen zu lassen.

Gaston lächelte Mut in sich hinein und hatte Erfolg. Das Glück wendete sich ihm zu. Allerdings hatte er dem Glück ein wenig nachgeholfen. Mit der Ehrlichkeit kam man wirklich nicht weiter.

Ein neues Spiel begann. Der kleine Bicomie rupfte den großen Herrn, der wie ein Wegger im Sonntagsganz aus sah. Gaston miedte geschickt seine Karten. Als er aufstand, bemerkte er plötzlich einen schmalen, verdamnisstimmigen Blick des Strohkopfes.

Monfieur de Bernon durchschautete auf einmal einfallend der Bekante: heute gab es eine Raufschloß! Die zwei von ihm so gering eingeschätzten Fremden waren Polizeigenten. Und er hatte falsch geglaubt, die beiden hatten es bemerkt ihre offenkundige Dummheit war geheuchelt.

Diablen! Das war eine fatale Sache. Er durfte sich nicht einmal etwas von seinem Mißtrauen anmerken lassen, durfte niemals merken, weil er dadurch nur erweisen würde, daß die Falle eher zuschnappte, als vielleicht im Mon der Spiel stand.

Es gab nur eine Rettung für ihn. Sich unauffällig zu entfernen. Der dreißigjährige weißhaarige Herr, der schon mehrmals hier gefesselt und immer so gutmütig-gleichgültig verloren, schaute sicher auch zur Polizei und der junge Mensch mit dem Lebamannallüren, den er heute eingeführt, auch.

Gaston spielte zunächst ruhig weiter, lächelte, puppenhaft schien es ihm und als das Spiel aus war, verließ er das Zimmer.

Außen auf dem Flur traf er den kleinen bedadenten Bicomie. Sie lächeln sich an und wussten, daß sie beide vor dertelben Gefahr flüchten.

Sie schlossen ohne Wort die Treppe hinunter, fanden unten auf dem Flur ein Fenster ein wenig offen. Sie wuschelten kein Wort. Der Bicomie kletterte voran, winkte. Gaston ihm nach. (Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nach 8 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zögnerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsänderung usw. erlischt jeder Anspruch auf Vierzehnung des Bezugspreises.
Fernsprechnr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 6 Goldpfennig, für außer halb Wohnende 7 Goldpf., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpf., im Reklameteil 30 Goldpf., einschli. Umlagesteuer. Schwärzler und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbeshalte.

Nr. 26.

Dienstag, den 1. März 1932.

35. Jahrg.

Der Wahlkampf beginnt!

Anordnungen des Reichsinnenministers für Länder und Gemeinden.

Reichsinnenminister Dr. Groener hat zur Durchführung der Wahl des Reichspräsidenten ein Mandat schreiben an die Landesregierungen erlassen, in dem die für die Wahl in Frage kommenden Gegenstände und die Beschlüsse der Wahlkommissionen festgelegt sind. Ferner hat Dr. Groener Anordnungen über die Stimmzettel getroffen. Das schon bei der Präsidentschaftswahl 1925 angewandte einheitliche Stimmzettelmuster, das sich nach Ansicht der amtlichen Stellen durchaus bewährt hat, wird auch diesmal wieder benutzt.

Die Stimmzettel

müssen alle zugelassenen Wahlvorschlüsse mit Vor- und Zunamen, Stand oder Beruf und Wohnort des Kandidaten enthalten. Demnach ist sich ein freies Feld, in das der Stimmerechtigende einen anderen Kandidaten eintragen kann, wenn er keinem der vorgeschlagenen Kandidaten seine Stimme geben will.

Der Innenminister hat ferner besondere Anordnungen getroffen, durch die er eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Stimmzettel auf die verschiedenen Wahlkreise herbeiführen will. Da in verschiedenen Ländern — u. a. Preußen, Bayern, Württemberg — in den nächsten Wochen auch Wahlkreisänderungen stattfinden, sollen die Stimmzettel in diesen Ländern entsprechend den Änderungen der Wahlberechtigten entsprechend, mit einem Zuschlag von etwa 5 Prozent. In der Regel sind die Stimmzettel für die Wahlberechtigten in den Wahlkreisen entsprechend höherer Zuschlag für Stimmzettelnehmer vorgesehen werden. Bei der

Wiederverwendung von Stimmzetteln

und Stimmzetteln, die zuletzt bei einem Volksentscheid benutzt wurden, soll dafür gesorgt werden, daß auch ihnen die Beteiligung am Volksentscheid nicht mehr erkennbar ist.

Besondere Vorschriften betreffen etwaige Verfügungen gegen die Wahlbestimmungen, weil bei den letzten Reichstagswahlen zahlreiche Eingriffe erhoben worden sind.

Zugleich politische Propaganda im Abstimmungsraum ist unzulässig, also auch Plakate oder Antritte politischen Inhalts.

Die Wahlkreise sollen unter Berücksichtigung der verschiedenen im Wahlbezirk vertretenen Parteien bezogen werden. Die Zulassung von Vertrauenspersonen darf nicht zu Mißbräuchen führen. Das gleichzeitige Betreten der Abstimmungsstellen durch mehrere Stimmerechtigende ist auf alle Fälle unzulässig, auch nicht, wenn es sich um nahe Verwandte handelt.

Die Wahlkreise sind so zu bilden, daß sie möglichst gleichmäßig sechs Stunden umfassen muß. Sie darf nicht früher als 11 Uhr vormittags beginnen und nicht vor 4 Uhr nachmittags schließen.

Dauerberg spricht in Köln

In Köln fand eine große Kundgebung des Kampfbundes Schwarz-Weiß-Rot zu den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen statt, in der der Kandidat des Bundes, Oberstleutnant a. D. Dauerberg, sprach.

Dauerberg gab einen Überblick über den Lebensweg, den Deutschland in den letzten 13 Jahren habe gehen müssen. Schwarz kritisierte er, daß nicht wenigstens die geistige Macht des nationalen Geistes in diesen Jahren gestärkt worden sei. Der Young-Plan sei die bitterste Enttäuschung gewesen. Die Erneuerung der deutschen Wirtschaft auf organischer berufständischer Grundlage scheine der Weg zur Gesundung zu sein. „Jurid auf's Land!“ ist die Parole der kommenden Zeit.

Nicht „nationale Innenwirtschaft“ oder „Weltwirtschaft“, sondern „nationale Innenwirtschaft“ und „Weltwirtschaft“! Wer dem deutschen Arbeiter heute Arbeit und Brot gibt ist sozial, ohne Deutschlands Befreiung oder gibt es keine Arbeiterbefreiung. In den durch Verfalltes geschaffenen Ausnahmestellen müssen Unternehmer und Arbeiter gemeinsam zusammenfinden. Privatbesitz fördert den Fortschritt, Kollektivbesitz tötet die Unternehmungskraft. Den Ausgleich muß der Staat schaffen. Nur das Volk, so schloß er, ist verloren, das sich selbst verliert gibt. Deutschland kann nur gerettet werden, wenn es sich selbst rettet.

Die NSDAP im Berliner Wahlkampf

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei eröffnet ihren Wahlkampf für die Reichspräsidentenwahl

in Berlin mit zwei Massenversammlungen. Es sprach zunächst Gauleiter Dr. Goebbels, nachher der Präsidentschaftskandidat Hitler. Er führte u. a. aus: Wenn die Gegner erklären, daß ich jetzt vielleicht Gefahr laufe, zum ersten Male vielleicht tödlich bestraft zu werden, so sage ich: Wer mutig und entschlossen kämpft, wer gerettet werden will, sich einzulassen, kann überhaupt nicht bestraft werden! Sie alle wissen, daß es sich diesmal um wesentlich mehr handelt als um einen Präsidentschaftskandidaten, daß dieses Mal gerungen wird um den Begriff des 9. November 1918 und seiner Folgerungen, und daß dieser Kampf gar nicht anders ausgehen kann als mit der Vernichtung dieses 9. November. Heute, meine Volksgenossen, fordern ich Sie auf, daß Sie nun die Richter werden! Hitler schloß: Wer da glaubt, uns durch Drohungen mir zu machen, der täuscht sich! Sie können ruhig mit der Hundepistole drohen — wir werden sehen, ob am Ende dieses Kampfes die Weisheit sich noch in ihren Händen befindet. (Stürmischer Beifall.) Wir haben einst dem Generalfeldmarschall des Weltkrieges gehoramt als dem obersten Kriegsherrn geweltet und haben ihn verehrt. Wir wollen, daß sein Name dem deutschen Volke als der Name des Führers des großen Ringens erhalten bleibt. Wir wir das aber wollen und wünschen, sehen wir heute die Pflicht, dem alten Generalfeldmarschall zuzurufen: „Alter Mann, du bist uns zu erinnerungswürdig, als daß wir es dulden könnten, daß sich hinter dich diejenigen stellen, die dich vernichten wollen! So seht es uns daher tun, du mußt zur Seite treten, denn die anderen wollen den Kampf, und wir wollen ihn auch.“

Ein Brief Hitlers an den Reichspräsidenten.

Der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, hat am Sonntag ein längeres Schreiben an den Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtet. In dem Brief, als Führer der großen nationalsozialistischen Partei, gezwungen zu sein, die Amtseinführung des Reichspräsidenten auf gewisse Vorformeln hin zu tun. Die Sozialdemokratische Partei, so sagt Hitler, verurteilt das Ausland gegen die freie politische Meinungsentscheidung der deutschen Nation unter Verzagung auf Ihren Namen mobil zu machen. Ich habe in meinen Auftritten ausländischen gegenüber nie unterlassen, darauf hinzuweisen, daß jede bösartige, heimliche Agitation von nachhafter und aufrichtiger Friedensliebe befreit werden ist. Versuche, eine unbehagliche deutsche Bewegung vor dem Auslande als Unruheherd einzuführen, werde ich, wenn sie unter Heranziehung Ihres Namens, Herr Reichspräsident, erfolgen und nicht zurückgewiesen werden, von jetzt ab persönlich in der geeigneten Weise zurückzuweisen wissen.

Hitler wendet sich dann sofort gegen die Ansprüche des preussischen Innenministers Severing an die preussischen Ober- und Regierungspräsidenten und höheren Beamten hin, in der Erwartung, laut Preßnachrichten, die Nationalsozialistische Partei als staatsfeindlich hingestellt hat. Er sehe in dem Vorgehen des preussischen Innenministers Severing einen unzulässigen Druck auf die preussische Verwaltung, ihren Einfluß bei der Wahl in einem für die NSDAP ungünstigen Sinne geltend zu machen. Er erinnert an den Wunsch des Reichspräsidenten, daß dieser Wahlkampf in ritterlicher Weise geführt werden soll. In diesem Zusammenhang lenkt er die Aufmerksamkeit des Reichspräsidenten darauf, daß trotz erfolgter Aufklärung Reichsinnenminister Groener seinen schweren Vorwurf gegen Goebbels nicht zurückgenommen habe. Im Gegenteil sei die NSDAP durch Abwehrmaßnahmen gewonnen gewesen, die vom Innenministerium vorbereitete Widergabe dieser Stelle in der nationalsozialistischen Presse zum Abdruck zu bringen. Hitler fragt den Reichspräsidenten, ob es ritterlich sei, die nationalsozialistische Presse unter Verwänden von einem Namen verbieten zu lassen, der die Ehre des Gegenkandidaten Hindenburgs auf das denkbar schwerste angegriffen habe.

Adolf Hitler schließt seinen Brief an den Reichspräsidenten: Herr Generalfeldmarschall, halten Sie es Ihres Namens für würdig, sich selbst als Präsidentschaftskandidat durch ein Gestrippt von Abwehrmaßnahmen und Gesichtsparagrafen in Ihrer persönlichen Ehre schützen zu lassen, Ihren Gegenkandidaten aber als Feind der parteipolitischen Lüge und Verleumdung preiszugeben? Was bedeuten Sie, Herr Reichspräsident, zu tun, um in diesem Kampf, der auch um Ihre Person geht, die Prinzipien der Ritterlichkeit wieder herzustellen?

Hitler empfängt die ausländische Presse.

Der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, empfing Vertreter der ausländischen Presse und erläuterte ihnen den Brief, den er am Mittag an den Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtet hatte. Die Tatsache, daß er — entgegen seiner ursprünglichen Absicht — sich in dieser Angelegenheit jetzt an die ausländische Presse wenden begründete er mit dem Hinweis auf die Lage seiner eigenen Presse unter der Handhabung der Notverordnung. Es stelle ein Novum dar, daß man bei einer innenpolitischen Frage das Ausland mobil mache und erkläre, wenn der Gegenkandidat gewählt werde, so könne das zum Krieg führen. Durch solche Redensarten würde nur der Widerspruch für einen Krieg vorbereitet. Ein Sieg seiner Person und seiner Partei würde auf die Außenpolitik nicht ungünstig einwirken, sondern das Gegenteil bewirken. Hitler ließ dann zum Schluß den Brief an den Reichspräsidenten verlesen.

Amlich wird zu dem Brief Hitlers an Hindenburg mitgeteilt, daß der Reichspräsident das Schreiben nach Kenntnisnahme zur Prüfung der darin erhobenen Beschwerden dem Reichsminister des Innern zuleitet hat.

Riefwahlpropaganda der NSDAP.

In einer Mitteilung im Reichlichen Beobachter geht hervor, daß während des Wahlkampfes für die Reichspräsidentenwahl von der NSDAP, jeden Abend 3000 Versammlungen abgehalten werden sollen, insgesamt also rund 50.000. Acht Millionen Broschüren und zwölf Millionen Zeitungsbelegblätter werden verteilt werden. Außerdem sollen eine Million Bildplakate angeschlagen werden.

Die Parteizugehörigkeit Dr. Meißners und des Obersten von Hindenburg.

Gegenüber in der Öffentlichkeit aufgetauchten Nachrichten, daß der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, und sein Sohn und Adjutant, Oberst von Hindenburg, Sozialdemokrat seien, wird von maßgebender Stelle darauf hingewiesen, daß derartige Meldungen in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Staatssekretär Meißner ist aus der sozialdemokratischen Bewegung im Jahre 1911 freiwillig ausgetreten und ist nicht parteipolitisch. Seine Partei ist auch am Krieges nicht nur Offizier gewesen, sondern auch nicht einer der Parteimitglieder der Partei.

Der Oberst von Hindenburg ist ein Deutscher, dessen politische Zugehörigkeit nicht bekannt ist. Die besondere Erwähnung, ist die Tatsache, daß die Parteizugehörigkeit Dr. Meißners und des Obersten von Hindenburg nicht bekannt ist. Die Parteizugehörigkeit Dr. Meißners und des Obersten von Hindenburg ist nicht bekannt.

Die Parteizugehörigkeit Dr. Meißners und des Obersten von Hindenburg ist nicht bekannt. Die Parteizugehörigkeit Dr. Meißners und des Obersten von Hindenburg ist nicht bekannt. Die Parteizugehörigkeit Dr. Meißners und des Obersten von Hindenburg ist nicht bekannt.